

„Konsultation“ vor der Kapitulation

Lenin-Friedenspreisträger Herbert Mies: Als Gorbatschow ein Alibi brauchte

Ende Mai 1990 besuchte mich der damalige sowjetische Botschafter in Bonn, Wladislaw P. Terechow. Er überraschte mich mit einer Einladung Michail Gorbatschows zu einem Gensungsurlaub im kaukasischen Sotschi. Sie war mit der Bitte verknüpft, ich möge bei einem anschließenden Moskau-Aufenthalt meine Meinung als deutscher Kommunist zu den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen und dazu sagen, was die Vertreter der UdSSR dort einbringen sollten. Bei den Gesprächen ging es dann um einen als Abschließende Regelung bezeichneten Vertrag in bezug auf Deutschland als Ganzes. Er sollte einen Friedensvertrag ersetzen.

Ich rätselte, was wohl der Grund dieses Wunsches sein könnte und was ich von ihm halten sollte. Ich war zu dieser Zeit ja schon nicht mehr Vorsitzender der DKP. Mein früheres, sehr freundschaftliches Verhältnis zu Gorbatschow hatte sich inzwischen nicht nur abgekühlt, sondern war völlig in die Brüche gegangen. Die Beziehungen der DKP zum ZK der KPdSU waren nahezu abgebrochen. Bei der Meinungsbildung zu einer so bedeutungsvollen Sache würde ich für das damalige Moskau mit Männern wie Gorbatschows Chefberater Alexander Jakowlew doch lediglich eine „Altlast“ sein. Das Anliegen Gorbatschows erschien mir als eine Art Alibi gegenüber einer bedeutenden Zahl sowjetischer Kommunisten dafür zu sein, daß er auch deutsche Kommunisten zu Deutschland betreffenden Fragen in seine Konsultationen einbezogen habe.

Wie auch immer! Gemeinsam mit meiner Frau Gerda entschied ich mich, die Einladung anzunehmen, wenn gleich uns Urlaub in einer zerfallenden Sowjetunion mit ihrem in die Armut absinkenden Volk mehr als fragwürdig erschien. Nach der Ankunft wurden wir wie früher im Gästehaus der Parteiführung „Oktjabrskaja“ mit den Worten begrüßt: „Sie befinden sich in der Metropole der Sowjetunion, der Heldenstadt Moskau. Das Personal des Hotels heißt Sie herzlich willkommen und ist bereit, alles Mögliche zu tun, damit Sie durch den Aufenthalt bei uns die besten Eindrücke gewinnen.“ Die Atmosphäre dort

war in der Tat gut und freundschaftlich. Die Fassaden im Straßenbild des Zentrums trugen indes schon die Züge des herausziehenden Kapitalismus. Die Stadt wirkte fremd und abweisend auf uns. Moskau hatte seit unserem letzten Aufenthalt zwei Gesichter bekommen – durch Gorbatschow.



Auf Mahnwache vor dem Betriebstor

Kurz nach unserem Eintreffen in der sowjetischen Hauptstadt lud mich Valentin Falin, damals Sekretär des ZK der KPdSU, zu einem Gespräch ein, um meine Meinung über die „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen abzufragen. Darauf hatte ich mich hinreichend vorbereitet. Indirekt kam mir dabei eine Information über Gorbatschows Besuch in den USA zu Hilfe. Am 31. Mai sollte der amerikanische Präsident George Bush sen. in einer Unterredung mit dem Gast erklärt haben, man sei sich darüber einig, „daß Deutschland für niemanden eine Quelle der Bedrohung sein darf ... Es muß den demokratischen Prinzipien treu bleiben und Sicherheit geben.“ Dieser Gedanke entsprach durchaus dem Geist und den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens der vier Alliierten der Antihitlerkoalition. Er kam mir als Ausgangspunkt für die Vorstellung meiner

eigenen Ansichten zu dieser Thematik sehr zupaf. Mir ging es um die Belegung des Potsdamer Abkommens. Dieser Wunsch sollte in den Gesprächen der Vertreter Moskaus mit ihren Partnern weder vergessen noch für überholt erklärt werden, sagte ich.

Die Potsdamer Konferenz und der von ihr beschlossene „Vertrag über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der abgestimmten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland“ bildete die Basis für eine neue deutsche Politik. „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben ..., sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen“, hieß es in dem Dokument. Darauf hatten wir Kommunistinnen und Kommunisten von Beginn an gesetzt und standen auch in der Folgezeit dafür ein.

Nach dem Potsdamer Abkommen war ein von Militarismus und Faschismus befreiter deutscher Staat das seinerzeitige Ziel der vier Besatzungsmächte. Deshalb sollten der Militarismus vollständig ausgerottet (Demilitarisierung), kapitalistische Konzentrationen in Gestalt von Kartellen, Trusts und anderen Monopolvereinigungen aufgelöst (Dekartellisierung), demokratische Parteien und Gewerkschaften zugelassen, eine neue Verwaltung und Justiz sowie ein entsprechendes Erziehungswesen

geschaffen (Denazifizierung und Demokratisierung) werden. Das alles wollte man bei Sicherung der nationalen Einheit Deutschlands erreichen. Die vier „D“-Prinzipien des Potsdamer Abkommens waren nach meiner Auffassung auch im Rahmen von „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen nach wie vor relevant. Das ließ ich Falin wissen.

Seit 1945 haben wir uns überall in Deutschland für die vollständige Verwirklichung des Potsdamer Abkommens eingesetzt. Während es in der DDR Realität wurde, mußte im Westen ein erbitterter Kampf gegen die Spalterpolitik Adenauers und dessen Remilitarisierungskurs, gegen die Pariser Verträge und die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO geführt werden. Zugleich ging es um den Abschluß eines Friedensvertrages. Dafür mußten Tausende von uns ins Gefängnis gehen,

Abertausende juristische Schikanen über sich ergehen lassen. Sollte dieser Inhalt unserer Biographien nun so einfach in Vergessenheit geraten? Sollte das Potsdamer Abkommen etwa Knall auf Fall für null und nichtig erklärt werden? Das konnte und wollte ich auch persönlich nicht akzeptieren. Denn die Beachtung der von dieser historischen Konferenz vorgegebenen ständigen und nicht korrigierbaren Friedenspflicht war auch für mich eine verbindliche Leitlinie meines politischen Lebens.

Falin bedankte sich für die geäußerten Überlegungen, enthielt sich aber jeglicher Wertung. Er informierte mich statt dessen über seine eigenen Gedanken, die er Gorbatschow bezüglich eines „Zwei-plus-Vier“-Vertrages nahelegen wollte: keine Wiedervereinigung und kein Anschluß der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD, sondern Konföderation oder Föderation beider deutscher Staaten; keine Atomwaffen auf deutschem Boden; Anerkennung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen; Sicherung des sowjetischen Eigentums auf dem Territorium der DDR. Eine Rückbesinnung auf Potsdam spielte da keine Rolle mehr.

Danach hörte ich wochenlang nichts von Gorbatschow. Am 12. September bekam ich dann eine zwar indirekte, mich aber heftig schockierende Antwort auf meine Vorstellungen zur Bewahrung von Grundsätzen des Potsdamer Abkommens im „Zwei-plus-Vier“-Vertrag. Dieser erhielt nämlich den offiziellen Titel „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“. Durch

sein Ja zu diesen Regelungen besiegelte Schewardnadse und mit ihm auch Gorbatschow den endgültigen Tod der Abmachungen von Potsdam, die Abkehr von den friedenssichernden und antifaschistischen Ergebnissen der Niederwerfung Hitlerdeutschlands im Zweiten Weltkrieg. Das war eine unverhohlene Kapitulation vor dem wiedererstarkten deutschen Imperialismus und den durch ihn hervorgebrachten neonazistischen und friedensgefährdenden Kräften. Die zerfallende Sowjetunion stieg damit aus ihrer Tradition des Kampfes gegen die besonders auch von Deutschland drohenden Gefahren knallhart aus. Das hat mich zutiefst geschmerzt.

Diesem Akt der Preisgabe bewährter Prinzipien gingen schändliche Kniefälle



Festnahme kurz vor der Legalisierung der DKP (Februar 1968 in Frankfurt/Main)

Gorbatschows vor Helmut Kohl voraus. Ich denke dabei an das Techtelmechtel beider im kaukasischen Archys am 15. Juli 1990. Gorbatschow beschrieb



Herbert Mies und Horst Sindermann am 21. Februar 1986 in Bonn (anlässlich des Besuchs einer Delegation der DDR-Volkskammer in der BRD)

dies in seinen Memoiren so: „Wir machten einen kurzen Spaziergang unter dem einzigartigen Sternenhimmel. Die Luft war rein und frisch wie der Kuß eines Kindes, um Lermontow zu zitieren, von Bergdüften erfüllt. Der hohe und gleichzeitig so nahe Himmel, die Sterne, die Umrisse der Berge, die Stille und die Spiegelung des Mondscheins im Fluß – der Zauber dieser Landschaft nahm uns gefangen. In jener wunderbaren Umgebung besiegelten wir, wie man so sagt, am nächsten Tag die deutsche Einheit.“

Hatte Gorbatschow noch Anfang 1990 kategorisch erklärt, ein Beitritt Gesamtdeutschlands zur NATO sei völlig

unannehmbar, so akzeptierte er in Archys plötzlich die deutsche Mitgliedschaft in diesem imperialistischen Kriegspakt.

Andererseits denke ich auch an das, was dann am 17. August geschah.

Gorbatschow hatte in Odessa seine Absicht bekundet, schon in nächster Zukunft in der UdSSR „marktwirtschaftliche Reformen“ einzuleiten. Am 7. September bot Helmut Kohl seinem neuen Moskauer Freund auf dessen Bitte telefonisch 11 Milliarden DM für „infrastrukturelle Maßnahmen“ im Zusammenhang mit dem Abzug der Sowjetsoldaten aus der vom Untergang bedrohten DDR sowie einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden DM an. Gorbatschow zeigte sich zufrieden. So roch denn auch die Deutschland betreffende Regelung nach einem zynischen „Deal“.

Als der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse am 12. September – also nur fünf Tage später – seine Unterschrift unter den von der Bundesrepublik und den drei westlichen Alliierten vorgegebenen Vertrag über die Regelung der Beziehungen zum vereinigten Deutschland gesetzt hatte, konnten beide feststellen, daß sie auch die deutschlandpolitische Konsequenz ihres Verständnisses von „Glasnost“, „Perestroika“ und „Neuem Denken“ zum Abschluß gebracht hatten. Die DDR war preisgegeben, das Potsdamer Abkommen annulliert worden. Ein Friedensvertrag stand nicht mehr zur Debatte. Fundamentale Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges waren korrigiert, der machtpolitische Status quo in Europa zugunsten des Imperialismus verändert worden.

Die endgültige Abkehr vom Geist des Potsdamer Abkommens alarmierte mich. Denn als Mitglied der NATO und unter Berufung auf dieses Militär- und Kriegsbündnis waren der um ein Drittel größer gewordenen BRD nun Tür und Tor für ihre fortan direkte Teilnahme an Aggressionsvorbereitungen und Militäreinsätzen geöffnet. Die spätere Entsendung deutscher Soldaten ins Kosovo und nach Afghanistan war die bittere Konsequenz. **Herbert Mies, Mannheim**

Der Beitrag unseres Autors, der viele Jahre Vorsitzender der DKP war, wurde exklusiv für den „RotFuchs“ geschrieben.

Frankreichs Kommunisten im Wandel der Zeiten

Für die Wiedergeburt der Partei von Maurice Thorez,
Marcel Cachin und Jacques Duclos

Das frühere Mitglied des ZK der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) **Pierre Pranchère** gehörte fast 20 Jahre der Nationalversammlung und dem Europäischen Parlament als Abgeordneter an. Der Sohn eines Bahnarbeiters kämpfte schon als 16jähriger in der Résistance gegen die deutschen Faschisten. Mit 82 besuchte er Portugal und kehrte wieder in das Alentejo zurück, wo er bereits im Sommer 1975, von der Nelkenrevolution fasziniert, gewesen war. Dort interviewte ihn Alberto Lopes von der kommunistischen Wochenzeitung „Alentejo Popular“. Wir drucken redaktionell leicht bearbeitete Auszüge aus seinen Antworten:

Während des 2. Weltkrieges gehörte ich in der Region Corrèze, die eine sehr wichtige Rolle im Widerstand gegen die Naziokkupanten spielte, der Résistance an. Dieses Departement blickt auf eine lange Geschichte des Freiheitskampfes zurück. Hier existierten z. B. während der Pariser Commune von 1871 revolutionäre Positionen. Das fand auch seinen Ausdruck in der Zeit der Volksfront der 30er Jahre, als die FKP in Corrèze ein besonders starkes Wachstum erlebte. Im Unterschied zu Spanien gelangten wir mit der Volksfront nicht in die Regierung, doch nach dem Wahlsieg der Linksparteien fand ein Generalstreik der Arbeiter statt, der durch die Bauernschaft unterstützt wurde. Solche Errungenschaften wie bezahlter Urlaub, die 40-Stunden-Woche und spürbare Lohnerhöhungen konnten erkämpft werden. Angesichts der Tatsache, daß die Volksfront an der Schwäche der Radikalen und der Sozialisten scheiterte, war die Schaffung mächtiger Organisationen der FKP und der Gewerkschaft in den Fabriken das Entscheidende. Es folgte eine Periode scharfer Repression. 1939 wurde die kommunistische Presse verboten. Man nahm etliche Genossen fest und illegalisierte die FKP. Diejenigen, welche uns als Verräter am Vaterland bezichtigten, waren dieselben, die das Münchner Abkommen zur Liquidierung der Tschechoslowakei unterzeichneten und ein Bündnis mit der UdSSR zur Rettung Polens ablehnten. Die uns anklagten, waren im Wesentlichen

jene, welche anschließend Frankreich preisgaben.

In Corrèze entwickelte sich ein vor allem auf die FKP gestützter Widerstand. Es gab auch Männer und Frauen, die General de Gaulle folgten, doch im Grunde war es dort von Beginn an eine von den Kommu-

halten. Der Angriff auf die Kaserne in Tulle änderte überdies das Kräfteverhältnis zugunsten der Résistance. Die Faschisten waren gezwungen, auf die SS-Division „Das Reich“, die in der Schlacht bei Kursk geschlagen worden war, zurückzugreifen und sie ins Departement Corrèze zu entsenden. Ihre Angehörigen versuchten nicht einmal, die Franks Tireurs zu bekämpfen, sondern rächten sich an der Zivilbevölkerung. SS-Leute erhängten 99 Einwohner von Tulle, deportierten Hunderte Arbeiter und folterten zahlreiche Jugendliche. Weder Frauen noch Kinder entkamen dem ins Unermeßliche gesteigerten Horror.

All das ist ein untrennbarer Teil meines Lebens. Ich weiß, daß ich damals mit dem Bewußtsein der Tragweite meines Schrittes in die Résistance eintrat. Mein Vater war ebenfalls FKP-Mitglied und Widerstandskämpfer. Ich selbst nahm an Sabotage- und Angriffsaktionen teil, erfüllte meine Pflicht als Patriot und Kommunist. Nach dem Angriff Nazi-Deutschlands im Juni 1940 ging General de Gaulle – ein Repräsentant der französischen Bourgeoisie, aber ein Demokrat – in Abstimmung mit dem britischen Premier

Winston Churchill nach London. Die FKP sandte ihm am 10. Juni 1940, als der mit den Faschisten kooperierende Marschall Petain die Französische Republik mit deutschen Bajonetten ermorden ließ, einen Appell. Dieser besagte, daß ein großes Volk wie das unsere niemals ein Sklavenvolk sein werde. Später, als Churchill und USA-Präsident Franklin Delano Roosevelt sich de Gaulles zu entledigen suchten, da sie in ihm keinen in ihrem Sinne verlässlichen Mitspieler sahen, kam es zu einer Annäherung zwischen dem General und der FKP. Diese war für die Résistance entscheidend. Sie vollzog sich im Augenblick der anglo-amerikanischen Landung in Nordafrika, die im November 1942 erfolgte. Roosevelt und Churchill hatten de Gaulle beiseitegeschoben und dem kämpfenden Frankreich nicht erlaubt, an der Operation teilzunehmen. Damals fand de Gaulle Unterstützung in der durch Moskau eingenommenen Position. Die UdSSR erkannte das kämpfende Frankreich an und verhandelte mit



Titelseite der in Frankreich erscheinenden marxistisch-leninistischen Monatsschrift „Initiative Communiste“, Organ des Pols der Kommunistischen Wiedergeburt

Text der Schlagzeile: Lassen wir uns nicht an die Wand drücken!

nisten geführte Schlacht. Mit 15 schloß ich mich der illegalen FKP an. Als die Franks Tireurs et Partisans (FTP) von der Partei geschaffen wurden, hatten wir allein in Corrèze etwa 11 000 Kämpfer – bei nur 240 000 Einwohnern.

1940 stand auf kommunistische Aktivitäten die Todesstrafe. Gerade in dieser Zeit wurden verantwortliche Genossen der FKP zu Kommandeuren und Offizieren. Sie bildeten diese großartige Volksarmee aus. In Corrèze wurde der Appell zum nationalen Aufstand, den nicht nur die Kommunisten, sondern auch die gaullistischen Kräfte befolgten, in eine Direktive umgewandelt: Es galt, die Militärkommandos der Okkupanten zu liquidieren. Die Einheiten der FTP griffen die faschistische Kaserne von Tulle an. Nach zweitägigen erbitterten Gefechten gelang es, die Nazi-Garnison nahezu auszuschließen.

Im Zentralmassiv verfügte der deutsche Befehlsstab nicht über die nötigen Einheiten, um die Lage unter Kontrolle zu

de Gaulle über Möglichkeiten eines Zusammenwirkens. Der General schlug vor, ein französisches Geschwader an die russische Front zu entsenden. Teile der französischen Luftwaffe kämpften damals bereits in der britischen Royal Air Force. Im November 1942 landeten dann französische Piloten auf einer Basis bei Moskau und begannen mit der Formierung des Geschwaders Normandie-Njemen. Gleichzeitig kam es bei einem Treffen zwischen den Abgesandten de Gaulles und der Führung der FKP zu einer Übereinkunft. Am 10. Februar 1943 schrieb de Gaulle an das ZK der FKP – sie war die einzige Partei, an die er sich in dieser Form wandte – einen Brief, in dem er die Bedeutung der Kommunisten in der Résistance und bei der Formierung der Francs Tireurs anerkannte. Der General bezog sich dabei auf den Sieg von Stalingrad. „Ich weiß, daß das kämpfende Frankreich auf die Kommunistische Partei zählen kann“, schrieb er. Die Verständigung von Gaullisten und Kommunisten war das Rückgrat der Übereinkunft, die im Mai 1943 im Nationalrat der Résistance erzielt wurde, nachdem Jean Moulin die unterschiedlichen Kräfte zusammengeführt hatte. Zu diesem Zeitpunkt war zwischen Roosevelt und Churchill bereits das Datum vereinbart worden, an dem sie de Gaulle ausschalten wollten. Sie sahen sich nun zähneknirschend dazu gezwungen, seiner Übersiedlung nach Algerien zuzustimmen, von wo aus er Schritte zur Befreiung Frankreichs unternahm. Der Sohn des Generals, Admiral Phillipe de Gaulle, berichtete in seinen Memoiren über außergewöhnliche Dinge. So habe sein Vater, als er der Feindseligkeit Roosevelts und Churchills gewahr wurde, den sowjetischen Botschafter in London gebeten, Stalin darüber zu informieren, daß er sich gegebenenfalls in der UdSSR einzurichten wünsche.

Heute möchten die Frankreich Regierenden wie Sarkozy die einst von Gaullisten und Kommunisten übernommene historische Verpflichtung vergessen. Sie wollen die Erinnerung daran tilgen, daß es nach der Befreiung von den Naziokkupanten in Paris eine Regierung mit kommunistischen Ministern, unter ihnen Maurice Thorez, gegeben hat, welche herausragende Veränderungen zugunsten der Arbeiterschaft und der Nation herbeiführte.

1956 wurde ich mit 29 Jahren erstmals Abgeordneter der Nationalversammlung. Ich kandidierte für die FKP im Département Corrèze. Damals errangen wir einen großen Sieg: Mehr als 150 kommunistische Deputierte zogen in das Parlament ein, in Corrèze besetzten wir zwei der vier Mandate. 40 % der Stimmen entfielen auf unsere Liste.

Nachdem die FKP-Vertreter durch Sozialisten, Radikale und Christdemokraten aus der Regierung verdrängt worden waren, begannen die Kolonialkriege in Indochina und Algerien. Unser Volk durchlebte eine äußerst schwierige Zeit. General de Gaulle kam zwar erneut an die Staatsspitze, diesmal aber mit Unterstützung der Rechten



Maurice Thorez war viele Jahre Generalsekretär der FKP und gehörte nach dem Sieg über den Faschismus als stellvertretender Premier der Regierung de Gaulle an.

und der extremen Rechten. Später, als ich wieder der Nationalversammlung angehörte, gab es eine Verständigung zwischen FKP und Sozialistischer Partei, die auf einem gemeinsamen Programm beruhte. Dieses hatte die FKP ausgearbeitet. Aus heutiger Sicht bewerte ich diese Allianz im Unterschied zur Volksfront sehr kritisch. Während die Einheit an der Basis funktionierte, fehlte sie an der Spitze völlig. Noch ein Wort zum Europäischen Parlament, in dem ich zehn Jahre gesessen habe. Bei der EU handelt es sich um das Europa des Kapitals, um das Europa der multinationalen Konzerne. Die konterrevolutionäre Periode wäre nur aufzuhalten, besäße der Kampf der Völker eine Stärke, an der es leider fehlt. Dieses Europa des Kapitals kann den Kontinent und die Welt in eine Etappe des Abenteuers führen, welche mit der Liquidierung der sozialistischen Länder ihren Anfang nahm. Wir befinden uns in einer Phase der Atomisierung von Staaten und Nationen. Die europäischen Völker sollen sich imperialistischen Mächten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien unterordnen. Die EU ist in die Afghanistan-Intervention verstrickt, wobei das mittelasiatische Land ein Pulverfaß darstellt. Was dort geschieht, ist eine Drohung gegen Iran, China und Rußland. Darin besteht der wahre Grund dafür, daß der Imperialismus über Afghanistan verfügen will.

Aus all dem folgt, daß die Europäische Union heute der Todfeind der Völker Europas ist. Wir vom Pol der Kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich (Pôle de Renaissance Communiste en France; PRCF) verteidigen deshalb den Austritt Frankreichs aus der EU, um deren Politik keine weitere Legitimation zu verleihen. Es kann und sollte zu einem Bruch kommen, der kein Zerbrechen der ökonomischen und sonstigen Beziehungen bedeutet, aber die Rückeroberung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der Verhandlungsfähigkeit zum beiderseitigen Vorteil erlaubt. Ein Wort zur heutigen FKP. Ich kannte Maurice Thorez und Jacques Duclos persönlich

sehr gut. Thorez nahm 1964 an den letzten Wahlen vor seinem Tod in Tulle (Corrèze) teil.

Ich kann sagen, daß die heutige FKP nichts mehr mit der Partei von Duclos, Thorez und anderen Mitgliedern, die ihre Größe schmiedeten, zu tun hat. Die FKP-Führer dachten seit der Vereinbarung des gemeinsamen Programms mit François Mitterrand, daß man sich, um Veränderungen zu bewirken, von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus distanzieren müsse. Diese Erfahrung führte bekanntlich zur Niederlage der FKP. Als Mitterrand gewählt wurde, informierte er sofort alle sozialistischen Parteien Europas darüber, daß er die Übereinkunft mit der FKP einzig und allein deshalb unterschrieben habe, um durch die Linke und nicht durch die Rechte ans Ruder zu kommen. Kurze Zeit danach erwies sich das vereinbarte Programm als unanwendbar, worauf Mitterrand von der FKP verlangte, sich entweder zu unterwerfen oder aus der Regierung auszuschneiden. Das war eine weitere Niederlage für die FKP, durch die sie enorm an Einfluß verlor, vor allem aber die Unterstützung der Arbeiter.

Trotz meiner Opposition und der vieler anderer Genossen im ZK siegten die revisionistischen Kräfte, was sich seit der Übernahme der Führung durch Robert Hue und dann durch Marie-George Buffet noch verstärkte. In dieser Partei gibt es überhaupt keine Prinzipien des Marxismus und des Leninismus mehr. Ihr Verhalten ist das einer auf Klassenzusammenarbeit setzenden Sozialdemokratie. So trat die FKP einer Regierung der „pluralistischen Linken“ unter Lionel Jospin bei, die über keinerlei Programm verfügte. Das war eine komplette Anpassung an die sozialdemokratische Linie des Premiers. Auf dem Gipfel von Lissabon akzeptierten Marie-George Buffet und andere kommunistische Minister die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und des Energiesektors. 2002 stimmten sie auf einem anderen Gipfel in Barcelona an der Seite Jospins und Chiracs der Aufhebung des Rentenalters mit 60 zu.

Im Gegensatz dazu verfolgen wir – die Genossen des Pols – eine offensive Linie, welche auf die Wiedergeburt einer wirklich kommunistischen Partei in Frankreich abzielt. Wir suchen die Verständigung mit allen in diesem Sinne handelnden Kräften, auch mit Genossen der FKP, die mit ihrer Führung nicht einverstanden sind, die Partei aber nicht verlassen haben. Unser Pol ist noch keine große Organisation, aber sehr aktiv. Monatlich erscheint seine Zeitschrift „Initiative Communiste“. Außerdem besitzen wir mit „Étincelles“ (Funken) ein theoretisches Blatt, das allen linken Standpunkten gegenüber offen ist. Unser Ziel besteht darin, in Frankreich so bald wie möglich Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Partei von Thorez, Cachin und Duclos wieder zu einer wirklich kommunistischen Partei wird.

RF, gestützt auf „Alentejo Popular“, Beja
Übersetzung: Isolda Bohler t